

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Malin Fichter

NATO-Luftangriff – über 20 Zivilist(inn)en getötet

Bei einem Luftangriff der NATO wurden in Kundus mehr als 20 Zivilist(inn)en getötet. In der Nacht zum 3. November hatten US-Einheiten Stellungen der Taliban beschossen, wobei neben einigen Kämpfern der Miliz auch zahlreiche Zivilist(inn)en ums Leben kamen. Nach Angaben des Provinzratsmitglieds Fausia Jaftali wurden 24 Zivilist(inn)en getötet. Andere Quellen sprachen von bis zu 31 Opfern. Es kursierten Bilder von getöteten Kindern in den Medien. Laut Jaftali kamen auch einige Taliban ums Leben, unter anderem zwei Kommandeure. Der Angriff löste international Kritik aus. Der Tod von Zivilisten sei nicht hinnehmbar und untergrabe die Bemühungen um Frieden und Stabilität in dem Land, sagte der UN-Beauftragte für Afghanistan, Tadamichi Yamamoto. Die USA haben in diesem Jahr bereits um die 700 Luftangriffe auf Stellungen der Taliban sowie der Terrormiliz IS durchgeführt. Zuletzt gab es vermehrt Berichte über zivile Opfer. Die NATO hatte 2014 ihren Kampfeinsatz in Afghanistan beendet und die Verantwortung für die Sicherheit den afghanischen Sicherheitskräften übergeben. Die Aufgaben der verbleibenden NATO-Truppen sollten sich auf Ausbildung, Beratung und Unterstützung von Antiterrorereinsätzen beschränken. Nachdem es jedoch Rückschläge im Kampf gegen die Taliban zu vermelden gab, beteiligen sich amerikanische Truppen seit diesem Jahr wieder direkt am Kampf. Es ist bislang unklar, ob auch afghanische Streitkräfte an den Luftangriffen beteiligt waren. NATO-Luftangriffe werden üblicherweise von den amerikanischen Streitkräften durchgeführt.

Angriff auf deutsches Konsulat

Als Vergeltung für den Luftangriff der NATO in Kundus Anfang November griffen Taliban-Kämpfer am 10. November das deutsche Konsulat in Masar-i-Sharif an. Dabei starben mindestens zwei Menschen, über 100 wurden verletzt. Der Attentäter habe einen mit Sprengstoff gefüllten Kohlelastwagen gegen eine Außenmauer des Konsulats gefahren, sagte Polizeichef Sadat. Das Konsulat sei dabei schwer beschädigt worden. Die Taliban bekannten sich zu der Tat und erklärten, sie hätten „dutzende Ausländer getötet und verwundet“. Afghanische Behörden und

das Auswärtige Amt in Berlin bestätigten das jedoch nicht. Erst im Juni 2013 war das Konsulat eröffnet und zum Schutz, unter anderem durch eine etwa fünf Meter hohe Mauer, gesichert worden. Trotzdem gelang es den Taliban, aufs Botschaftsgelände vorzudringen. Dort sei es zu Kämpfen gekommen. Anwohner berichteten von einer gewaltigen Explosion, die einen mehrere Meter tiefen Krater in die Straße vor dem Konsulat gerissen hatte. Seit März ist ein kleines Kontingent deutscher Soldaten in Kundus zur Beratung der afghanischen Armee. An dem Luftangriff Anfang November waren sie nach Auskunft der Bundesregierung aber nicht beteiligt. Mittlerweile wurde von einem Krisenstab unter Leitung des ehemaligen Afghanistan-Botschafters Markus Potzel beschlossen, das Konsulat vollständig zu verlassen. Das Gebäude sei zu stark zerstört worden und die Sicherheit nicht mehr garantiert. Die wenigen deutschen Diplomaten werden nun dauerhaft im massiv geschützten Camp Marmal der Bundeswehr am Stadtrand untergebracht.

Angriff auf US-Luftwaffenstützpunkt

Zwei Tage nach dem Angriff auf das Deutsche Konsulat kommt es am 12. November zu einer schweren Explosion im US-Luftwaffenstützpunkt Bagram in der zentralafghanischen Provinz Parwan. Dabei sterben mindestens vier Personen und 14 weitere werden verletzt. Offenbar handelte es sich um eine Racheaktion der Taliban. Ein Selbstmordattentäter sprengte sich in der Nähe der Kantine in die Luft; wahrscheinlich ein afghanischer Angestellter des Stützpunktes. Bagram ist der größte Stützpunkt und das Hauptquartier der US-Truppen in Afghanistan. Momentan sind noch etwa 10.000 US-Soldaten im Land. Bagram war schon des Öfteren Angriffsziel – zuletzt wurden bei einem Anschlag kurz vor Weihnachten 2015 sechs US-Soldaten getötet.

Deutschland – Abschiebung von mehr als 12.000 afghanischen Flüchtlingen

Trotz der unsicheren Lage in ihrer Heimat sollen 12.539 Afghan(inn)en abgeschoben werden. Das sind etwa fünf Prozent der ca. 247.000 in Deutschland lebenden Afghan(inn)en. Zur Begründung hieß es, in den großen Zentren Afghanistans sei die Sicherheit garantiert. Das Innenministerium schreibt: „Eine Ver-

schlechterung der Sicherheitslage im gesamten Land kann nicht bestätigt werden.“ Dies ist heftig umstritten, da es am Hindukusch immer wieder zu Anschlägen der Taliban und des IS kommt – zuletzt auch auf das Deutsche Konsulat. Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke forderte die Bundesregierung auf, keine Menschen mehr in das „kollabierende Bürgerkriegsland“ Afghanistan zurückzuschicken. Sie kritisierte: „Diese Abschiebungen bedeuten für die Betroffenen ein hochgradiges Todesrisiko und sind absolut unverantwortlich.“ In diesem Jahr wurden bislang nur 27 abgelehnte afghanische Asylbewerber/-innen abgeschoben, 2015 waren es neun. 2016 erhielten nur noch 52,4 Prozent der Afghan/-innen den Schutzstatus, 2015 waren es noch 77,6 Prozent.

Opium: Geldquelle der Taliban

In Afghanistan ist die Opiumproduktion deutlich angestiegen. Laut den Vereinten Nationen ist die Anbaufläche von Schlafmohn 2016 um zehn Prozent auf 201.000 Hektar gewachsen. Die Ernte wird in diesem Jahr um 43 Prozent höher ausfallen als 2015, schätzte das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC). In den letzten Jahren ist der Opiumertrag stetig gestiegen – von 3276 Tonnen im Jahr 2000, über 5800 Tonnen im Jahr 2011, auf 6400 Tonnen im Jahr 2014. 2015 war die Ernte geringer ausgefallen, was jedoch vor allem an Pflanzenkrankheiten lag. Das hat dazu beigetragen, dass Preise und Nachfrage in diesem Jahr gestiegen sind. Um die 4800 Tonnen Opium könnte die Ernte 2016 betragen. Hauptlieferant ist die hart umkämpfte Provinz Helmand. Aber auch im Norden nimmt der Anbau extrem zu. Die Mohnfelder haben sich hier mehr als verdreifacht. Das Land wird immer mehr zum Narko-Staat, die Taliban werden zu schwerreichen Drogenfürsten. Schon 2009 sollen sie laut UN 155 Millionen Dollar am Drogengeschäft verdient haben. 2015 sollen es mindestens 500 Millionen gewesen sein. Die afghanische Regierung und internationale Unterstützer scheinen den Kampf aufgegeben zu haben. Aus dem UNODC-Bericht geht hervor, dass 2016 nur 355 Hektar Schlafmohn vernichtet wurden; 91 Prozent weniger als im Vorjahr. Experten sind sich mittlerweile einig, dass das Abbrennen der Felder keine Lösung ist. Denn für viele Menschen in Afghanistan ist das Opium die einzige Einnahmequelle. Diese zu zerstören, ohne Alternativen anzubieten, trage bloß dazu bei, verzweifelte Bauern in die Arme der Taliban zu treiben, so die Afghanistan-Expertin Vanda Felbab-Brown.

Anschlag auf schiitische Moschee

In Kabul wurden am 20. November bei einem Selbstmordattentat auf eine Moschee mindestens 27 Menschen getötet und 35 verletzt. Nach Angaben des Innenministeriums hatte sich ein Selbstmordattentäter in der schiitischen Moschee in die Luft gesprengt. Dies geschah während einer religiösen Zeremonie zum 40. Tag nach dem schiitischen Aschura-Fest. Bislang hat sich noch niemand zu dem Attentat bekannt. Die Taliban wiesen eine Verbindung zurück. Zu den Feiertagen Aschura und Arbain gibt es immer wieder Anschläge sunnitischer Terrormilizen wie Al-Kaida und Islamischer Staat auf Schiiten. Der schiitische Feiertag Arbain nimmt den Tod von Imam Hussein bei der Schlacht von Kerbela im Jahr 680 zum Anlass. Der Enkel des Propheten Mohammed war mit seinen Getreuen vom Kalifen Jasid getötet worden. Sein Tod in der Schlacht von Kerbela gilt als Grundlage für die Spaltung der Muslime in Schiiten und Sunniten.

Kassel Erklärung zur Sicherheitslage

Am 21. November verlautbarten das Zentrum Oekumene und die Diakonie Hessen eine Erklärung, dass eine Rückkehr von Geflüchteten nach Afghanistan in Sicherheit und Würde derzeit nicht zumutbar sei. Die Sicherheitslage sei weiterhin prekär, fragil, unvorhersehbar und habe sich in den letzten Wochen weiter dramatisch verschlechtert. Fast täglich komme es zu Selbstmordanschlägen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Leidtragende sei insbesondere die Zivilbevölkerung. Eine innerstaatliche Fluchtalternative stehe faktisch nicht zur Verfügung. Daher forderten das Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und die Diakonie Hessen unter anderem einen sofortigen Erlass zwecks Abschiebungsstopps für afghanische Staatsangehörige, die Aussetzung aller Maßnahmen zur Rückkehrförderung, statt dessen die Öffnung von Integrationsangeboten und Erleichterungen beim Nachzug von Familienangehörigen.